Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung.

№ 2. Freitag den 2. Januar 1852.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 30. Dezbr., Abends 6 Uhr. (Tel. Dep. d. Pr. Ztg.) **Die Abstimmungen aus 84 Departements ergeben definitiv 7,099,077 Ja; 583,786 Nein. Es bleiben noch die Abstimmungen zweier Departements und Algeriens festzustellen.**

Ein Dekret des Präsidenten verordnet die Verkündigung und Aushängung des Abstimmungs-Ergebnisses und die Feier eines National-Festes mit Tedeum in allen Gemeinden Frankreichs; ein anderes schreibt für Kaffee- und Schankwirthschaften die Einholung der Erlaubniß der Verwaltungs-Behörden vor und ermächtigt Letztere zu deren Schließung im Falle der Verurtheilung wegen einer Contravention oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit.

Parma, 27. Dezember. Ein aus 25 Artikeln bestehendes herzogliches Dekret bestimmt die Todesstrafe für hochverrätherische Attentate und setzt Kerker- und Geldstrafe für andere politische Vergehen fest.

Chambery, 26. Dezbr. Mehrere französische Flüchtlinge sind hier verhaftet worden.

Turin, 28. Dezember. Zum Berichterstatter der Kommission, über den neuen Preßgesetzentwurf ist der Abgeordnete des linken Centrums, Lanza, und zum Sekretär derselben, Miglietti, ein Mitglied der Linken, ernannt worden. Während der Carnevalszeit dürfen die Kaffeehäuser nur bis Mitternacht geöffnet bleiben.

Preußen.

Berlin, 31. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichtsrath Friedrich Christian Kaiser zu Hoyerswerda, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen; den Kreisgerichtsrath Pratsch zu Brieg, unter Beilegung des Titels und Ranges eines Stadtgerichts-Direktors, an das Stadtgericht zu Breslau zu versetzen, und den bisherigen Stadt- und Kreisrichter von Eckenbrecher in Magdeburg zum Direktor des Kreisgerichts in Bergen zu ernennen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Regierungsrath und Eisenbahnkommissarius von Nostitz zu Breslau die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse zu ertheilen; dem Subrektor und Oberlehrer an dem Gymnasium zu Stralsund, Dr. Karl August Friedrich Hermann Schulze, dem Oberlehrer an derselben Anstalt, Dr. Ernst Heinrich Zober und dem Oberlehrer an dem Pädagogium zu Putbus, Dr. Gustav Brehmer, ist das Prädikat „Professor" beigelegt; der Schulamts-Kandidat Rademacher als zweiter Hülfslehrer an der hiesigen königlichen Taubstummen-Anstalt angestellt, und die Berufung des Kandidaten des höheren Schulamts, Dr. Ernst Ludwig Richter, als ordentlicher Lehrer an dem altstädtischen Stadtgymnasium zu Königsberg in Pr. bestätigt worden.

Angekommen: Der Fürst Heinrich zu Carolath-Beuthen, von Carolath in Schlesien. Der Unter-Staatssekretär im Ministerium des Innern, Freiherr v. Manteuffel, aus der Lausitz.

Durchgereist: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staatsminister Graf von Bülow, von Schwerin kommend, nach Stettin, und der Hof-Jägermeister von Pachelbl-Gehag, von Potsdam kommend, nach Frankfurt a. d. O.

Berlin, 31. Dezember. [Zur Tages-Chronik.] Ihre Majestäten der König und die Königin haben heute Morgen in Charlottenburg das heil. Abendmahl empfangen und werden morgen Allerhöchstsich nach Potsdam begeben. Die Zeit des Aufenthalts der allerhöchsten Herrschaften daselbst ist noch nicht bestimmt. Vom 17. Januar k. J. ab befindet sich das königliche Hoflager im königlichen Schlosse zu Berlin.

Der im Kabinet Sr. Majestät des Königs angestellte Regierungsrath Niebuhr ist zum geh. Regierungsrath ernannt worden. — Der dänische Gesandte am Bundestage, Herr v. Bülow, und ein Beamter des dänischen Ministeriums, Herr v. Bille, sind hier angekommen, um die letzten Forderungen Dänemarks wegen der endlichen Regulirung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit geltend zu machen und die Räumung Holsteins von den 18,000 Mann Oesterreichern zu erwirken. — Zum 3ten k. M. werden der Ober-Präsident der Provinz Schlesien und der Regierungs-Präsident Graf Pückler aus Oppeln hier eintreffen, um einer auf diesen Tag anberaumten Berathung im Ministerium des Innern beizuwohnen, in welcher über die Maßregeln Beschluß gefaßt werden soll, welche für den Fall eintretenden Nothstandes in jener Provinz zu ergreifen sind.

Heute wird der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Holland förmlich im Haag abgeschlossen.

Die herzogl. braunschweigsche Regierung ist dem deutsch-österreichischen Postverein beigetreten.

Die Untersuchung wegen Ermordung des Schneidermeisters Nolte und auch die wegen des Scheintodes des Schneiders Tomaschek ist vollendet. Die Angeklagten werden also bald vor dem Schwurgericht erscheinen.

Dem Vernehmen nach stößt die vollständige und praktische Einführung der neuen kirchlichen Gemeindeordnung in mehreren Provinzen, namentlich in Sachsen und Posen, noch immer auf erheblichen Widerstand. Die Empfehlung der neuen kirchlichen Organisation von der Kanzel herab ist zwar schließlich allenthalben erfolgt, sie hat aber nicht immer die wünschenswerthe Wirkung gehabt. Es bleibt nun die Einführung, da wo sie bis jetzt noch nicht erfolgt, gewissermaßen in der Schwebe, weil der Oberkirchenrath von vorn herein den Grundsatz aufgestellt hat, daß die Einführung der neuen kirchlichen Gemeindeordnung keines Falls durch Zwang bewirkt werden soll. Energische Mittel dürften übrigens schließlich doch nicht ausbleiben, da die theilweise Durchführung der Organisation nach keiner Seite befriedigen kann.

Vom breslauer Gewerberath ist eine Eingabe gleichzeitig an die Kammern und die Regierung gerichtet worden, in welcher die Aufhebung der Gewerbesteuer beantragt wird. Auch Seitens der gewerblichen Korporationen einiger andern schlesischen Städte werden ähnliche Petitionen vorbereitet. Die breslauer Petition wird in der 2ten Kammer an den Vertretern der schlesischen Hauptstadt Vertheidiger finden.

Bei der Wiedereröffnung der Kammern wird sich durch den Austritt einer Anzahl solcher Mitglieder, die bis jetzt ihren Sitz in dieser Session nicht eingenommen haben, die Nothwendigkeit mehrfacher Neuwahlen herausstellen. Für die zweite Kammer wird der Ausfall der Wahlen wohl der rechten Seite des Hauses neue Verstärkungen zuführen, da die rücktretenden Abgeordneten meist Beamte sind, welche gewählt wurden, weil man von ihnen strikte die Unterstützung der Regierung voraussetzte.

Der mecklenburg-schwerinsche Ministerpräsident, Graf Bülow, ist hier eingetroffen.

Unbesonnener Eifer von der einen und allzu große Reizbarkeit von der anderen Seite drohen in unserer Stadt einen konfessionellen Streit anzufachen, der ihr glücklicherweise lange fremd geblieben ist. Der evangelische Kirchentag, der im September in Elberfeld gehalten wurde, und einige Aeußerungen des Pastors Krummacher bei Erwähnung der zahlreichen Konversionen, die in letzter Zeit stattgefunden haben, scheinen den Streit hervorgerufen zu haben. Man versichert, daß die Kanzeln während der verflossenen Festtage von Kontroverspredigten und konfessioneller Polemik wiedergehallt hätten, die an Heftigkeit denen des 16. Jahrhunderts wenig nachgegeben hätten. Auch die Presse ist diesem neuen Konfessionsstreite nicht ganz fern geblieben; die kirchlichen Organe beider Konfessionen lassen es an Eifer nicht fehlen, um den Zwiespalt in ihren Kreisen offen zu erhalten.

Berlin, 28. Dezbr. [Die Unterhandlungen mit Dänemark haben sich zerschlagen.] Aus guter Quelle erfahren wir so eben, daß sich die Verhandlungen mit Dänemark, über deren Gang wir Ihnen neulich berichteten, abermals zerschlagen haben. Obwohl von Seiten der deutschen Mächte gegen die in ihrem Erfolge mehr als präcaire Konzession der Uebertragung des schleswigschen Ministerii an den Grafen C. Moltke sogar das Prinzip der legislativen, richterlichen und administrativen Vereinigung der Herzogthümer Preis gegeben war, so zerschlugen sich die Verhandlungen doch noch, weil man sich dänischerseits nicht dazu verstehen wollte oder konnte, dafür, daß Schleswig nicht demnächst Dänemark incorporirt werde, sichere Garantie zu geben, und weil man deutscherseits die von den Dänen proponirte Veränderung des Wahlgesetzes für die Herzogthümer vom konservativen Standpunkte aus nicht zugestehen konnte. Wenn die Herren v. Bille und v. Bülow gleichwohl nach Wien gegangen sind, so ist doch, wie wir mit Bestimmtheit wissen, von einer Fortsetzung der Verhandlungen in Wien nicht die Rede. Vielmehr wird diese diplomatische Reise nur unternommen, um gut Wetter zu behalten und um neue Propositionen anzubahnen. Man begreift es unter diesen Umständen nicht, wie die dänische Regierung, milde gesagt, so taktlos hat sein können, durch die „Berlingsche Ztg." nach dem Fehlschlagen der Verhandlungen zu erklären, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen selbstverständlich in Wien liegt, indem der Graf Prokesch von Osten, der doch anerkanntermaßen bei den Verhandlungen den Fürsten Schwarzenberg vertritt, keine Vollmacht zum Unterhandeln habe. (H. N.)

Berlin, 31. Dez. [Zur Handelspolitik.] Abermals bringt die „Pr. Z." einen Leitartikel über die handelspolitische Frage, der eine historische Darstellung der österreichischen Zollgesetzgebung giebt und zu dem Resultat gelangt, daß Oesterreich im Jahre 1850 den Rückschritt zu einem „ausgiebigen Schutzsystem, welches die Verbote ersetzen soll", gethan habe. „Man anerkannte — heißt es am Schluß — den Werth, welchen die damals noch freisinnigere Richtung des Zollvereins-Tarifs hatte, man war entschlossen, ihm sich zu nähern, man dachte aber nicht daran, von dem Zollverein zu verlangen, daß er seine Gesetzgebung verschlechtere, damit die österreichische bald eben so gut sei. Die ausgezeichneten Staatsmänner jener Zeit achteten die Lösung, welche bereits dem Art. XIX. der Bundesakte durch den Zollverein zu Theil geworden war, sie wünschten Oesterreich fähig zu machen, auch in den Zollverein einzutreten, und begriffen, daß dies nur möglich sei, wenn die Irrthümer des bisherigen österreichischen Zollsystems abgestreift seien, sie haben aber keinen Versuch gemacht, in den Zollverein durch Einmischung in dessen Angelegenheiten den Samen der Zwietracht zu streuen oder gar Projekte für Oesterreich als Pläne für die deutsche Einheit auszugeben."

Die beiden jetzt zum Abschluß gekommenen Handelsverträge mit Belgien und Holland sind das vortheilhafteste Mittel, den süddeutschen Staaten den Unterschied vor Augen zu führen, welche das Verbleiben im Zollveeein gegen die Versprechungen Oesterreichs darbietet, um so mehr, als beide Verträge den Wünschen dieser Regierungen nach Möglichkeit Rechnung tragen und denselben außerordentliche Begünstigungen gewähren sollen. Ueber den preußisch-belgischen Vertrag hört man außer der schon bekannten Erhöhung des Eisenzolles noch: Von Belgien ist die Gleichstellung der Schiffe und Ladungen des Zollvereins mit denen der englischen, nach den Bestimmungen des neuen, zwischen England und Belgien abgeschlossenen Schifffahrtsvertrags zugestanden.

Preußen hat es sich angelegen sein lassen, im Interesse Baierns, die im Vertrage vom 1. September 1844 festgesetzten Erleichterungen des Eingangs auf nürnberger Spielwaaren noch zu erweitern, auf den Wunsch von Würtemberg eine Erleichterung des Eingangs von Steinselz und auf den von Nassau des von Mineralwässern in Krügen durchzusetzen.

Der „K. Z." schreibt man: In Betreff des mit Belgien abgeschlossenen Vertrages ist zu erwähnen, daß der Tarif für den belgischen Transit eine Aenderung erfahren hat. Für den Centner Waaren, welche durch das Gebiet des Zollvereins von Belgien nach Frankreich oder umgekehrt gehen, oder von Belgien nach einem Rheinhafen geschafft werden, sollen 6 Pfennige gezahlt werden. Diejenigen belgischen Waaren, welche auf der Eisenbahn nach Köln kommen und von dort auf dem Rheine und dem Maine weiter geschafft werden, entrichten für den Centner 5—7 Pfge., 6 Pfge., 3 oder 5 Sgr., je nach der Lage der Bestimmungsorte.

Die thüringischen Staaten, welche bekanntlich einen besondern Steuerverband bilden, haben, wie der „D. A. Z." geschrieben wird, beschlossen, zur Conferenz nach Wien einen „Berichterstatter" zu senden, und hierzu sonderbarerweise den geh. Rath Wendt, welcher als preußischer Bevollmächtegter dem thüringischen Steuerverbande gegenüber fungirt, bestimmt. — Die Schutzzöllner werden Mitte Januar unter dem Vorsitze des Fürsten Hohenlohe hier einen großen Congreß abhalten, welcher den Zweck hat, bei den später beginnenden Zollkonferenzen zu Gunsten eines Zollanschlusses an Oesterreich zu agitiren.

Berlin, 31. Dezbr. Se. Majestät der König werden die Glückwünsche der Staatsminister zu dem Beginne des neuen Jahres, das Allerstöchstihrem Herzen und Hause ein reich gesegnetes sein möge, morgen früh 9¾ Uhr in Charlottenburg entgegennehmen. Se. Majestät werden dann dem Gottesdienst in Charlottenburg beiwohnen, und Sich nach Beendigung desselben nach Potsdam begeben. Der Präsident und die Mitglieder des Staatsministeriums kehren nach beendigtem Gottesdienst in Charlottenburg nach Berlin zurück. (Pr. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 29. Dezbr. [Verschiedenes.] Der zum Nachfolger des Herrn v. Schele ernannte hannoversche Bundestagsgesandte v. Bothmer ist gestern Abend und der an der Stelle Lord Cowley's mit der Führung der Geschäfte der englischen Legation betraute Sir R. Edward in den letzten Tagen hier eingetroffen. — Obgleich die Mobilmachung des Bundes-Armeekorps, und zwar aus den in meinem Letzteren angedeuteten Gründen, vertagt worden, so beschäftigte sich die Bundes-Versammlung in ihrer Sitzung vom 20. d. M. doch mit dem für dieses Korps einzuführenden Strafgesetze. — Die Resignation des Lord Palmerston soll nicht unerwartet gekommen sein, hat aber gleichwohl im Bundes-Palais besondere Genugthuung und die Hoffnung erweckt, daß die großbritannische Regierung dem revolutionären Handeln der Emigration in London ein baldiges Ziel zu setzen wissen werde. Der in London auf Urlaub befindliche Gesandte Englands bei der Bundes-Versammlung, Lord Cowley, wird, wie man hört, auch früher hierher zurückkehren, als Anfangs bestimmt war, während Sir R. Edwards seine Stelle einstweilen hier vertritt. — Der von hier an den k. preußischen Hof versetzte k. sardinische Geschäftsträger, Graf Pralormo, wird sich sofort nach Berlin begeben. (Köln. Z.)

München, 27. Dez [Haussuchungen. — Verbot.] Gestern sind hier mehrere Haussuchungen bei Arbeitern vorgenommen worden. Auch in Nürnberg haben am 27. Haussuchungen bei 3 Schreinergesellen stattgefunden. — Die „Augsb. Postztg." vernimmt, die „Allgemeine Zeitung" sei in Frankreich verboten worden.

Darmstadt, 28. Dez. [Bartordnung.] Dem Vernehmen nach soll die für die großh. Civilstaatsdiener kürzlich erlassene Bartordnung dahin abgeändert werden, daß diejenigen Beamteu, welche früher Militärdienste geleistet haben, berechtigt sein sollen, außer dem allgemein gestatteten Backenbart künftig auch noch Schnurrbärte tragen zu dürfen.

Wiesbaden, 29. Dezember. [Zu dem Bundesschutzkorps,] von welchem schon seit längerer Zeit die Rede ist, soll auch eine Abtheilung nassauischer Truppen von 600 Mann kommen. Bis jetzt hat noch keine Einberufung stattgefunden und es verlautet auch noch nichts, welches Bataillon dazu bestimmt sein soll. — Dr. Ed. Duller hat die Bestätigung als Prediger der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde nicht erhalten.

Oldenburg, 30. Dezember. [In der heutigen Sitzung des Landtages] fand endlich die Abstimmung über die verschiedenen Anträge in Betreff der Revisions-Frage statt, wobei unter Namensaufruf in nachstehender Reihefolge verfahren wurde: 1) Der Regierungs-Antrag, wonach das Staatsgrundgesetz auf dem im Jahre 1852 einzuberufenden allgemeinen Landtage im einfachen Wege der Gesetzgebung einer Revision unterzogen werden solle, ward abgelehnt gegen 4 Stimmen. 2) Der Mölling'sche Antrag, wonach bei der Revision des Staatsgrundgesetzes die Vorschriften des Art. 242 desselben streng sollten eingehalteu werden, ward abgelehnt gegen 11 Stimmen. 3) Der Klävemann'sche Antrag, wonach die Revision auf dem gegenwärtigen Landtage nur mittelst Beschlußfassung einer Mehrheit von zwei Dritteln, die Bestätigung oder Verwerfung dieser Beschlüsse auf dem folgenden aber schon mit absoluter Mehrheit solle geschehen können, ward abgelehnt gegen 19 Stimmen. 4) Der Antrag der Majorität des Revisions-Ausschusses, wonach der obige Regierungs-Antrag den Zusatz erhalten solle: „jedoch nur insoweit, als der 5. (gegenwärtige) allgemeine Landtag es zu den einzelnen Artikeln des Staatsgrundgesetzes mit absoluter Stimmenmehrheit speziell beschlossen hat", ward mit 32 gegen 14 Stimmen angenommen. Es ward darauf der fernere Antrag des Revisions-Ausschusses angenommen: an die Staatsregierung das Ersuchen zu stellen, zum Zweck der Vornahme der von der hohen Staatsregierung beantragten Revision des Staatsgrundgesetzes die erforderlichen speziellen Vorlagen zu machen. Fernerer Gegenstand der Tagesordnung war die Beantwortung der in der vorigen Sitzung gestellten Interpellationen. Hinsichtlich der Interpellation wegen der Schwurgerichte ward vom Staatsrath v. Rössing erklärt, daß die Staatsregierung die Einführung der Schwurgerichte im Herzogthum keineswegs in Frage stellen wolle, jedoch die Sache nicht für so dringlich ansehe, um damit im Wege der außerordentlichen Gesetzgebung zu verfahren, während sie wegen Unzuständigkeit des allgemeinen Landtages im Wege der ordentlichen Gesetzgebung für jetzt nicht ins Leben treten könne. Regierungsseitig wurde sodann in Betreff der Revisionsfrage die Erklärung abgegeben, daß die Staatsregierung dem heutigen Beschlusse des Landtages Folge geben und die gewünschten Spezialvorlagen machen wolle, was jedoch erst in der letzten Hälfte des Monats Februar würde geschehen können, während das Budget und die Anträge wegen Ausscheidung des Kronguts schon morgen sollen vorgelegt werden. Hierauf ward ein Antrag auf Vertagung bis zum 23. Februar k. J. vom Landtage angenommen. (Weser-Z.)

Bremen, 30. Dezbr. [Sitzung der Bürgerschaft.] Heute fand die wichtige Sitzung der Bürgerschaft statt. Der Eingang der Mittheilung des Senats vom 23. Dezbr., welcher vorgetragen wurde, lautet:

„Indem der Senat zur Berathung und Beschlußnahme über den nachstehenden, keinen Aufschub leidenden Gegenstand, eine außerordentliche Versammlung der Bürgerschaft veranlaßt hat, bevorwortet er vorab, daß er eine Veröffentlichung des Folgenden sowie der Verhandlungen über dasselbe für unzulässig erachtet und also eine vertrauliche Sitzung dafür beantragt. Er fordert daher die Bürgerschaft auf, nunmehr in solcher Weise diese Angelegenheit in Berathung zu nehmen und zur Beschlußnahme zu fördern."

Der Präsident bemerkte, mit Bezugnahme auf verschiedene Paragraphen der Verfassung und der Geschäftsordnung, daß er nunmehr die Entfernung der Zuhörer zu veranlassen habe, damit die Bürgerschaft sich darüber entscheide, ob sie über den Gegenstand in einer vertraulichen Sitzung berathen und beschließen wolle oder nicht. Demgemäß begann nun die vertrauliche Sitzung, welche nach der „W. Z." das Resultat lieferte, **daß die Bürgerschaft es ablehnte, in vertraulicher Sitzung die Mittheilung des Senats in Berathung zu nehmen.** Die letzte Brücke der Verständigung ist somit abgebrochen!

Frankreich.

* **Paris,** 29. Dezbr. [Der Neujahrs-Empfang. - Die projektirte Verfassung. — Die Gefangenen in Ham.] Das Elysee freut sich sehr auf den diesjährigen Neujahrs-Empfang. Einige konstituirte Behörden, der Seine- und Polizeipräfekt, haben ihre Anreden Louis Napoleon bereits vorgelegt, damit er leicht darauf antworten könne. Unter der Monarchie wurde ebenso verfahren.

Der Seinepräfekt wird dem Präsidenten Louis Napoleon im Namen der Stadt Paris eine glänzende Fete in den Gemächern des Stadthauses anbieten. Der Tag ist hierfür noch nicht festgesetzt, man glaubt aber, daß sie am 10. Jan, statthaben werde. Sie wird aus einem großen Banket von 500 Couverts und einem Ball, zu dem 6000 Personen geladen werden, bestehen.

Der nichtoffizielle Theil des „Moniteur" enthält folgende Note: „Am 31. Dezbr. wird der Präsident um 8½ Uhr Abends die Konsultativ-Kommission im Elysee empfangen, welche ihm die Protokolle der Zählung der von dem französischen Volke während des Skrutiniums vom 20. und 21. Dez. abgegebenen Stimmen vorlegen wird. An demselben Abend wird der Präsident der Republik das diplomatische Corps, die Geistlichkeit und die Konsistorien empfangen. Am 1. Januar um 10 Uhr Morgens werden vor den Invaliden für jede Million Stimmen 10 Kanonenschüsse abgefeuert. Um halb 12 Uhr wird in der Kirche von Notre-Dame ein Tedeum gesungen. Der Präsident der Republik wird dieser Ceremonie beiwohnen. Die offiziellen Receptionen der konstituirten Körperschaften, der Delegirten der Departements und der Arrondissements, der Civil- und Militär-Autoritäten werden nach dem Tedeum um halb 2 Uhr in den Tuilerien stattfinden. Abends werden die öffentlichen Gebäude illuminirt."

Die religiöse Feier wird doch am Neujahrstage stattfinden. Bereits ist mehreres über die äußere Gestalt der Feierlichkeit bekannt. Der Platz vor der Notre-Dame-Kirche wird mit 19 Bäumen besetzt sein, welche nicht weniger als 40 Metres hoch sein sollen. Jeder dieser Bäume wird die Buchstaben L. N. tragen. Das Portal der Kathedrale wird prachtvoll verziert und den innern Raum der Kirche werden 90 Säulen umgeben, von denen herab 90 Fahnen wehen, deren jede den Ndmen des Departements verkündet. Purpurdraperien decken die Wände ringsherum und gegenüber dem Gitter des Altars wird ein ungeheurer Thronhimmel und darunter ein Sessel für Louis Napoleon stehen. Auf den Gallerien werden reservirte Plätze angebracht. Bereits sind sehr viele Maires und Munizipalitäten in Paris angelangt, welche dieser Feier beiwohnen werden. Im Stadthause werden die Säle geschmückt, da große Feste daselbst gegeben werden sollen.

Die Handelskammer von Havre, welche nach den Ereignissen vom 2. Dezbr. den Beschluß gefaßt hatte, daß der Staatsstreich eine Verletzung der Konstitution und daß dieser Beschluß in die Protokolle der Kammer einzuregistriren sei, wird durch ein Dekret des Präsidenten der Republik aufgelöst und ein Artikel des Dekrets verfügt, daß obiger Beschluß der Kammer aus den Protokollen zu streichen ist.

Aus guter Quelle versichert man, daß die neue Verfassung erst am 8. Januar publizirt werden solle. Der Stein des Anstoßes soll noch immer die Bildung des legislativen Körpers sein. Louis Napoleon ist entschieden für das allgemeine und direkte Wahlrecht. Eine neue wichtige Bedingung für die Wählbarkeit soll darin bestehen, daß der zu Wählende im Departement domicilirt sein muß. Ein bequemes Mittel, die bedeutendsten politischen Notabilitäten des Landes zu beseitigen. Auch über die Civilliste des Präsidenten soll schon ein Beschluß gefaßt sein und man will wissen, daß sie auf 6 Millionen Frcs. festgestellt werden würde.

Guerronière veröffentlicht heute im „Pays" einen Artikel, in dem er nachweist, die Sendung Louis Napoleons bestehe nicht darin, einen Thron, sondern eine Regierung zu gründen. Seine Sendung, sei „ein Washington" der Autorität zu werden. Die Resultate des Appells an das Land haben alle Bedenklichkeiten gegen den 2. Dezember gehoben. Veron erklärt heute im „Constitutionnel," daß die parlamentarische Regierung zu Ende sei, daß die neue Gewalt sich durch das Zusammenwirken der Armee und der volksthümlichen Abstimmung gebildet. Er werde die Handlungen dieser neuen Gewalt erörtern und nach wie vor einer der Publizisten des „Constitutionnel" bleiben.

Ein Dekret des Präsidenten der Republik bezieht sich auf die Telegraphenordnung und verfügt, daß keine Telegraphenlinie von einer andern Person als der Regierung oder den von ihr hierzu autorisirten Personen benutzt werden darf. Wer auf was immer für eine Art Signale von einem Orte zum andern gibt, ohne hierzu autorisirt zu sein, setzt sich einer Strafe von 1—12 Monaten Gefängniß und 1000—10,000 Fr. Geldstrafe aus. In ähnlicher Weise spricht das Dekret Strafen gegen jene aus, welche die Telegraphenlinie beschädigen, den elektrischen Draht abschneiden, und zur Administration der Telegraphen gehörende Personen in ihrer Amtsverrichtung stören oder hindern. Andere spezielle Verordnungen des Dekrets beziehen sich auf die nicht elektrischen Telegraphen und enthalten nähere Bestimmungen über die festgesetzten Strafen.

Das „Pays" spricht heute mit Erlaubniß der Censur die Erwartung aus, daß die Gefangenen zu Ham bald die Freiheit wieder erhalten würden. Da die „Patrie" diesen Wunsch abdruckt, mit dem Zusatze, daß der Erwählte von 7 Millionen von

jenen politischen Gefangenen wohl nichts zu fürchten habe, so ist es sehr wahrscheinlich, daß ihre Freilassung nächstens bevorsteht.

Einige Details über die Gefangenen in Ham dürften nicht ohne Interesse sein. Dieselben waren in den ersten Tagen vollkommen von einander abgeschlossen und kannten ihre Gefährten in der Gefangenschaft nicht, ja man erhielt sie in der vollkommensten Ungewißheit über die Ereignisse in Paris und Frankreich. Nach zehntägiger Abgeschlossenheit traten Erleichterungen für die Gefangenen ein, man gestattete ihnen sich zu besuchen. Jetzt befinden sich in Ham: Changarnier, Bedeau, Lamoriciere, Baze, Charras, Leflo; sie werden Alle von Unteroffizieren bedient und mit allen möglichen Rücksichten behandelt. Die Frauen von Lamoriciere, Leflo und Baze theilen die Gefangenschaft ihrer Gatten. General Changarnier soll seine frühere Ruhe wieder gewonnen haben, er spricht sich gar nicht aus. Changarnier und Lamoriciere bewohnen ein und dasselbe Zimmer. Baze soll sehr niedergeschlagen sein, denn er befürchtet verbannt zu werden, was für ihn, der ohne Vermögen ist, sehr niederdrückend wäre. Auch soll General Bedeau erklärt haben, er übernehme alle Verantwortlichkeit für die bei Baze mit Beschlag belegten Schriften und Papiere.

Der englische Gesandte Lord Normanby wird am 6. Januar ein großes Diner geben, wozu alle Minister und viele Mitglieder des diplomatischen Korps geladen sind.

Das „Siecle" widerspricht der Angabe der „Patrie", der Exrepräsentant Carnot befinde sich in Brüssel, Carnot habe Paris nicht verlassen.

Guizot bereitet seit mehreren Wochen eine Antwortsrede vor, welche er bei Gelegenheit der Aufnahme Montalemberts an die Akademie halten wird.

Großbritannien.

London, 29. Dez. [Das Ministerium. — Die Goldfrage.] Minister-Bewegungen. Lord J. Russell kam Sonnabend Morgen aus Rishmond-Park nach London, empfing in Downing-street einen Besuch des Comte de Flahaut, und kehrte Nachmittags wieder auf seinen Landsitz zurück. Lord Granville zog am Sonnabend in Downing-street ein; mehrere auswärtige Minister, darunter der französische, hatten im Foreign office Besprechungen mit ihm. Im Lauf dieser Woche wird das gesammte diplomatische Korps dem edlen Lord seinen offiziellen Glückwunsch zu seinem Amtsantritt darbringen. Lord Lansdowne befindet sich auf seinem Landsitz Bowood, mit Lord Seymour und einem gewählten Kreis anderer Weihnachtsgäste. Lord Minto weilt in Schottland, Lord Brughton in Erlstoke-park. In London anwesend sind Lord Grey, Sir G. Grey, Sir C. Wood, Lord Truro (Lord-Kanzler), Lord Clanricarde (Post) und Mr. Fox Maule (Krieg).

Lord Palmerston und Lord Granville sind beide von altem Adel. Die Wahlsprüche auf den Wappenschildern ihrer Häuser lauten merkwürdig verschieden; die Devise des Palmerstonschen Geschlechts ist: „Flecti, non Frangi", die des Granvilleschen: „Frangas, non Flectes". Es ist gewiß ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß diese alten Motto's zwei seit wenigen Tagen rivalisirender Namen so ähnlichen Wortklang mit so entgegengesetzter Tendenz verbinden. Die Freunde des Ex-Sekretärs des Auswärtigen knüpfen daran die Deutung, daß er sich gebeugt habe, um sich wieder zu erheben, daß seine Macht aber nichts weniger als gebrochen sei.

Es bereiten sich allerhand Demonstrationen zu Gunsten Lord Palmerston's vor. Den Anfang will der große Burgflecken Marylebone (in London) machen; welcher Art diese Demonstration sein wird, verlautet bis jetzt nicht; man weiß nur, daß Sir B. Hall und Lord Dudley Stuart an der Spitze derselben stehen. Ferner wird die City von Westminster den edlen Lord auffordern, ihre Vertretung im Parlament zu übernehmen.

Die Baar-Einfuhr voriger Woche betrug 1.291,558 Doll. und 100 Pfd. aus Westindien, und 105,000 Doll. aus New-York.

Die Baar-Ausfuhr aus dem londoner Hafen bis Donnerstag, 25. Dez., betrug 317 Unzen Goldmünzen nach Rotterdam und Havre, und 251,400 Unzen Silber (theils Barren, theils Münze), wovon 6400 U. nach Hamburg gingen.

Der Globe wendet heute, angeregt durch den Goldvorrath der Bank, seine Aufmerksamkeit der Goldfrage zu und spricht — im Einverständniß mit dem „Oekonomist", die Ueberzeugung aus, daß die Entdeckungen von Kalifornien und Australien noch sehr lange ausgebeutet werden könnten, ohne darum das gegenwärtige Verhältniß des Geldmarktes zu affiziren.

Italien.

Nach Briefen aus **Rom** vom 20. Dezember im „Univers" hat man in den Straßen von Rom eine revolutionäre Proklamation angeschlagen, in welcher die Römer aufgefordert werden, der französischen Demokratie zu Hülfe zu eilen. Es war in derselben gesagt, daß Ungarn und Polen zahlreiche Bataillone zu diesem Zweck nach Frankreich abgesandt hätten. Ein junger Student, Petrocchi, soll der Verfasser dieser Proklamation sein. Der Vater dieses jungen Mannes, der wegen revolutionärer Umtriebe Hausarrest hatte und bei dem eine Haussuchung stattgefunden, war, wie sein Sohn, nicht zu finden.

Asien.

✱ [Ueber die aufständische Bewegung zu Teheran] und deren Ursachen werden neuerdings folgende Angaben mitgetheilt. Die Besetzung von Herat habe England beleidigt; aber auch das Kabinet von St. Petersburg sei mit der von dem gestürzten Mirza Taghi Khan befolgten Politik nicht einverstanden gewesen. Man soll ferner dem gestürzten Minister auf geheime Umtriebe gekommen sein, wodurch Persien vielleicht sogar den Verlust der Provinz Ghilan hätte erleiden müssen. Der leibliche Bruder des Gestürzten, Mirza Agha Khan, ist sein Nachfolger. Mirza Taghi ist nach Barhan verbannt worden; nur seine Frau darf ihm in das Exil folgen.

Amerika.

= **New-York,** 17. Dezbr. [Kossuth. — Der Congreß.] Der Enthusiasmus für Kossuth ist im Steigen; die Resolution von Mr. Seward, Kossuth offiziell zu empfangen, ist im Senat mit 33 gegen 6 Stimmen und im Repräsentantenhause mit 181 gegen 16 Stimmen durchgegangen. Der New-York-Herald vom 17. sagt: „Der Congreß arbeitet langsam. Im Senat wurde gestern ein aus drei Personen bestehendes Komitee beauftragt, Kossuth bei dessen Ankunft in Washington aufzuwarten, und ihn in den Senat einzuladen. Die Rede von Mr. Walker aus Wisconsin beweist, daß es im Congreß Männer giebt, die bereit sind, mit allen politischen, materiellen und finanziellen Mitteln für Ungarn und alle europäischen Republikaner aufzutreten." Es zeigt sich übrigens seit der Ankunft Kossuths in einem großem Theile der amerik. Presse die steigende Lust der Amerikaner, ein Wörtchen in den Händeln Europa's mitzusprechen. — Am 16. Abends wurde ein besonderer Gesandter vom Präsidenten an Kossuth abgeschickt, um diesen nach Washington einzuladen. Die Mission und Tendenz des Letzteren — schreibt der Herald — können nicht gut mißverstanden werden. Sie bezwecken eine allgemein politische, religiöse, sociale und durchgreifende Revolution, und General Caß drückte dieselben Tendenzen in wunderbarer Harmonie in seiner letzten Rede aus.

Provinzial-Zeitung.

✱ **Breslau.** 1. Jan. [Verspätung des märkischen Bahnzuges.] Der Nachtzug der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn kam heute um 1½ Stunde verspätet an; wahrscheinlich war der gestern und heut Morgen sehr heftig wehende Westwind die Ursache der Verspätung. — Der Bahnzug der oberschlesischen Eisenbahn ist rechtzeitig eingetroffen.

(Notizen aus der Provinz.) ✱ Lauban. Um den Spinnern in unserem Kreise Beschäftigung zu gewähren, wurden im Jahre 1849 in den Gemeinden Eckersdorf, Gerlachsheim, Hartmannsdorf, Hennersdorf, Meffersdorf, Schwarzbach und Pfaffendorf Komitee's gebildet und denselben die Summe von 950 Rtl. zum Ankauf und Wieder-Verkauf des von den Spinnern gefertigten Garnes überwiesen. Die Komitee's befinden sich noch heut größtentheils im Besitze des ihnen übermachten Geldes, nachdem sie mit gewissenhafter Treue dasselbe nach dem bestimmten Plane verwaltet haben. Nun hat das hiesige landräthliche Amt dem Faktor Ackermann noch 1050 Rtl. zu demselben Zwecke übergeben, und hoffentlich wird das auf diese Weise so bedeutend vermehrte Kapital hinreichend sein, dem Nothstande der armen Spinner allgemeine Linderung zu verschaffen.

† Görlitz. Der hiesige Zweigverein der Königin Elisabet-Stiftung war am 29. Novbr. v. J. im Stande gewesen, eine sehr reichliche Vertheilung zu veranstalten. Es wurden nämlich an 160 Arme Holzmarken vertheilt, wofür die Meisten eine Viertelachtel-Klafter (die übrigen darunter) erhielten. Auch wurden nachträglich eine Partie Strümpfe auswärtiger Vereinsdamen zur Vertheilung überwiesen. Vor dem 29. November war eine Verloosung weiblicher Arbeiten veranstaltet und dabei 57 Thlr. 18 Sgr. eingenommen worden. Die Hälfte hiervon hatte man an die Vereinsdame Frau Landesälteste v. Prosch, welche sich besonders hierbei betheiligt hatte, zur Austheilung an zwei auswärtige verarmte Familien überwiesen. — Der Getreideverkehr war in den letzten Tagen nur mittelmäßig. Abermals wurden bedeutende Einkäufe nach Böhmen und Sachsen gemacht, und es ist wohl an der Zeit, daß unsere Getreidevorräthe von auswärts her verstärkt werden, da diese fortwährenden bedeutenden Einkänfe nach nichtpreußischen Gebieten unsere Lager zu sehr schwächen.

Sprechsaal.

Z. Z. **Aus Berlin.** [Die Theaterverwaltung des Herrn v. Hülsen

Mit dem Jahresschluß erwartet man auch von den ersten positiven Resultaten der Theaterverwaltung des Herrn v. Hülsen Etwas zu hören. Die Finanzen sind heutzutage der Probirstein aller Leistungen und der Werthmesser aller Fähigkeiten. Die neue Verwaltung des königlichen Theaters dürfte daher jetzt zunächst ihre finanzielle Probe abzulegen haben, und mit den Finanzen ist es nicht so leicht, fertig zu werden, wie mit den berliner Tagesrezensenten, bei deren Charakterlosigkeit die v. Hülsen'schen Verwaltungsversuche bis jetzt ziemlich geborgen waren. Die Rechnungsablegungen des königlichen Theaters geschehen mit dem Wechsel der Jahreszahl, und man ist auf diesen Moment ungemein gespannt. Die am Jahresschluß zu erwartenden finanziellen Resultate werden von Einigen bereits als günstig, von Andern dagegen als sehr ungünstig bezeichnet. Wenn man die glücklichen Konstellationen erwägt, unter denen Herr v. Hülsen die ihm übertragene Verwaltung angetreten, so muß man sich versichert halten, daß die Ergebnisse nur glücklicher Art sein können. Herr v. Hülsen fand, als er zu Anfang Juni 1851 die General-Intendantur antrat, kein Defizit vor, vielmehr die Ausgabe durch die Einnahme vollständig gedeckt. Der kalte regnerische Sommer, sowie die friedlich gewendeten Zeiten, begünstigten seitdem den Theaterbesuch auf eine Weise, wie dies in den letzten Jahren niemals der Fall gewesen war. Auch konnte der neue Intendant, was das Repertoir anbetrifft, noch immer von der reichen Aussaat des Herrn v. Küstner leben. Die von demselben kontrahirten Gastspiele des Herrn Roger aus Paris, das Engagement der Sängerin Johanna Wagner, manche erfolgreiche, noch von Herrn v. Küstner in Scene gesetzte Novitäten, die unausgesetzt gute Theater-Einnahmen brachten (z. B. der Hackländer'sche geheime Agent) müssen vorzugsweise auf einen ausgezeichneten Stand der Kasse hingewirkt haben. Dagegen verwandte Herr v. Hülsen seinerseits sehr wenig auf neue Produktionen, da er, mit Ausnahme einiger kleinen Stücke aus dem Französischen, selbst noch gar nichts Nennenswerthes neu auf das Repertoir brachte. Dadurch wurde wenigstens an Honorar- und Tantième-Kosten gespart: ein System, das wir freilich als solches nicht sehr empfehlen möchten, da es nicht sehr finanziell ist, Hunderte nicht auszugeben, um Tausende nicht einzunehmen. Im Einzelnen möchte freilich des Guten eher zu viel gethan worden sein, da z. B. auf eine armselige französische Bluette: der Hauptmann von der Schaarwache (von Herrn Laube in Wien bearbeitet) 500 Thlr. Kostume-Kosten verwandt wurden. Doch wir werden sehen, was der bevorstehende Rechnungsausweis bringen wird, um darnach die theatralischen Lehrjahre des Herrn v. Hülsen genauer beurtheilen zu können. — Herr v. Hülsen scheint sich übrigens in den höchsten Kreisen einer entschiedenen Beipflichtung zu seinem bisher an den Tag gelegten, ziemlich exklusiven Verwaltungs-Eifer zu erfreuen. Dies geht wohl auch daraus hervor, daß die bisher erloschene Königstädtische Bühne, mit deren Wiederbelebung man sich jetzt ernsthaft beschäftigen soll, wahrscheinlich unter die Oberaufsicht des Herrn v. Hülsen gestellt werden wird. Diese Bühne wird dann auf königliche Rechnung verwaltet werden und einen technischen Direktor erhalten, für welche Stelle man den Hofrath Louis Schneider oder den früheren prager Theaterdirektor Hofmann nennt. Dies ist kein Gerücht, welches ich Ihnen mittheile, sondern eine bestimmte Vorlage.

[9] **Proclama.**

Johann Leopold Schober in Waltersdorf, hiesigen Kreises geboren, Sohn erster Ehe des im Jahr 1825 zu Reuthau verstorbenen Müllermeisters Balthasar Leopold Schober, welcher bis zum Jahr 1797 als Trompeter beim Dragoner-Regiment von Schmettau, später in österreichischen und hannoverschen Diensten gestanden, und im Jahr 1814 in Plymouth gewesen sein soll, und dessen Vermögen in 183 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. besteht, oder dessen etwaige Erben, werden hiermit aufgefordert, innerhalb 9 Monaten, spätestens aber am

8. Juli 1852 Vormitt. 10 Uhr

vor dem Deputirten Herrn Kreis-Richter von Prittwitz im hiesigen Gerichtslokale von ihrem Leben und Aufenthalt Nachricht zu geben, widrigenfalls er für todt erklärt und sein Vermögen an seine sich legitimirenden hiesigen nächsten Verwandten und Erben ausgeantwortet werden wird.

Sprottau, den 27. Juni 1851.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilnng.

von Reder.

[48] Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.

Gutsbes. v. Förster a. Kontopp. Gutsbes. v. Mellville a. Dreykau. Bar. v. Hundt aus Karlsruhe. Kaufm. Kirchner aus Prenzlau. Kaufm. Schmidt aus Stettin. Kollegienrath Borne a. Mitau.

Markt-Preise.

Breslau am 2. Januar

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	70	68	62	55	Sgr.
Gelber dito	67	65	62	56	.
Roggen . . .	63	61	58	54	.
Gerste . . .	46	45	42	41	.
Hafer	$31\frac{1}{2}$	$30\frac{1}{2}$	29	28	.
Erbsen . . .	60	57	55	53	.
Rothe Kleesaat	—	15	$12\frac{2}{3}$	$10\frac{1}{2}$	.
Weiße Kleesaat	—	$11\frac{2}{3}$	$10\frac{1}{2}$	8—9	Rtlr.
Spiritus . .	12 Rtlr. Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 1 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Abd.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	$8\frac{3}{4}$ U. M., $5\frac{3}{4}$ U. NM. / 10 U. M., 7 U. Abds. — Güter-züge: 7 U. M., $11\frac{3}{4}$ U. B Mit. / $8\frac{3}{4}$ U. M., $6\frac{1}{4}$ U. NM.
Abg. nach / Abg. von	Freiburg		8 Uhr Morg., 5 Uhr 15 Min. Nachm.; sowie nach Schweidnitz. / 7 Uhr 10 Min. Morg., 3 Uhr 15 Min. Nachmittags.

Abg. von Schweidnitz nach Breslau 7 U. Mrg., 3 U. 5 M. NM.; nach Freiburg 6 U. 25 M. NM. Abg. von Königszelt nach Schweidnitz 3 Uhr 40 Min. Nachmittags. — Außerdem jeden Sonntag von Breslau 1 Uhr von Schweidnitz 5 Uhr 25 M., von Freiburg 5 Uhr 33 M. NM.

Börsenberichte.

Wien, 31. Dez. Ausländische Kaufsaufträge bewirkten gegen Ende der Börse ein erhebliches Steigen in Fonds und Aktien, während zugleich Remboursordres eine günstigere Stellung der Valuten herbeiführten. In 5% Metalliq. und Nordbahnaktien viel gemacht, letztere durch Contremine bis $153\frac{3}{4}$ gedrückt, schließen begehrt. Komptanten und Wechsel matt. London von 11. 48 bis 11. 53 gemacht.

5% Metall. 95, $4\frac{1}{2}$% $84\frac{5}{8}$; Nordb. $155\frac{3}{4}$; Hamburg 2 Monat $177\frac{1}{2}$; London 3 Monat 11. 50. Silber $19\frac{1}{2}$.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.